

Zivile Verteidigung: Bund und Land müssen die Kommunen in die Lage versetzen, ihren Beitrag zum Schutz der Bevölkerung und zur Unterstützung der Bundeswehr zu leisten

„Wie bei vielen Herausforderungen wird es auch bei der Zivilen Verteidigung maßgeblich auf die Kommunen im Land ankommen. Angesichts der ohnehin angespannten Haushaltslage setzen die zum Teil alten, zum Teil neuen Aufgaben umso mehr verlässliche Rahmenbedingungen und ausreichend Ressourcen voraus. Land und Bund sind aufgerufen, schnell Planungssicherheit zu schaffen.“, so fasst Landrat **Dr. Henning Görtz** (CDU), Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, nach einer gemeinsamen Tagung der Landrätin und Landräte sowie des Vorstandes des Landkreistages in Ratzeburg die Erwartungen zusammen. „Wir müssen wissen, was die Kreise im Krisenfall über ihren gesetzlichen Auftrag hinaus zu leisten haben. Genannt werden immer wieder die Bereitstellung von Sammelplätzen für NATO-Einheiten, Versorgungsmöglichkeiten für Teile der Bevölkerung oder generelle logistische Unterstützung für das Militär. Auch die Krankenhausbedarfsplanung des Landes oder die Verkehrsinfrastruktur müssen ggf. auf die Belange der Streitkräfte angepasst werden. Wir dürfen nicht in die Situation kommen, Planungen zu erschweren, weil sich Bund und Land über Zuständigkeiten der Finanzierungen uneinig sind.“

Vertreterinnen und Vertreter der Kreise in Schleswig-Holstein diskutierten u. a. mit Staatssekretärin Magdalena Finke (Innenministerium) und Oberst Michael Skamel (Landeskommando), welche konkreten Anforderungen die Bundeswehr an die Kommunen, vor allem die Kreise in ihrer Rolle als untere Katastrophenschutzbehörden, hat und wie die Zusammenarbeit von Land, Kommunen und Bundeswehr in Schleswig-Holstein gestaltet wird. „Die vom Land initiierte Task Force ‚Zivile Verteidigung‘ ist ein richtiger Schritt. Sie muss aber schnell mit Leben gefüllt werden.“, erläutert **PD Dr. Sönke E. Schulz**, Geschäftsführer des Landkreistages. „Wenn man sich die vier Teilbereiche der zivilen Verteidigung ansieht – Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, Zivilschutz, Versorgung der Bevölkerung und Unterstützung der Streitkräfte – wird schnell klar, dass dies nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelingen kann. Viele Strukturen müssen neu aufgebaut, mit haupt- und vor allem auch ehrenamtlichen Personal hinterlegt und daher natürlich auch finanziert werden.“ Hier sehe man den Bund in der Pflicht, erwarte aber auch vom Land, dass die Aufgaben der Kommunen klar definiert werden.

„Die Kommunen wollen die Bundeswehr unterstützen, wo es nur geht. Die veränderte Sicherheitslage zwingt dazu, uns anders aufzustellen. Eine große Herausforderung wird dabei die Frage sein, welches Personal für welche Zwecke zur Verfügung steht. Wenn jemand zugleich Reservist, bei der freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz aktiv ist, zugleich noch eine wichtige Funktion im öffentlichen Dienst wahrnimmt, dürfte klar sein, dass wir uns rechtzeitig Gedanken über Einsatzpläne machen müssen.“, so **Ute Borwieck-Dethlefs** (CDU), Kreispräsidentin des Kreises Dithmarschen und stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages. Die Diskussion habe die besondere Bedeutung ehrenamtlichen Engagements gezeigt. Dies zu fördern und zu unterstützen, z. B. auch niederschwellige Fort- und Weiterbildungsangebote zu organisieren, könne eine Aufgabe der Kommunen sein.

Abschließend betont **Hans Jörg Lüth** (SPD), Mitglied des Kreistages Rendsburg-Eckernförde und stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages, die kommunikative Herausforderung: „Wir dürfen die Bevölkerung nicht verunsichern. Es muss aber auch klar gesagt werden, was von jedem Einzelnen erwartet wird, z. B. wie man eine Versorgung für einige Tage sicherstellen kann. Ohne ein abgestimmtes Kommunikationskonzept wird es nicht gelingen; Landesregierung, Landeskommando, Landrätin und Landräte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen mit einer Stimme sprechen.“ Die Diskussion im Vorstand des Landkreistages habe gezeigt, dass sich das kommunale Ehrenamt als Multiplikator versteht und diese Rolle gern wahrnehmen wird. Es sei daher sehr zu begrüßen, wenn die Task Force Zivile Verteidigung sich schnell dieses Themas annimmt, aber auch andere Ressorts des Landes, zu denken sei hier insbesondere an das Bildungs-, das Energie- und das Gesundheitsministerium, müssten in die Pflicht genommen werden.